

Die MVV möge beschließen:

### **Für linke Pluralität und Parteidemokratie: Solidarität mit Ramsis Kilani!**

Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf uns alle. Die Mitgliederversammlung in Neukölln verurteilt die Bestätigung des Parteiausschlusses von Ramsis Kilani durch die Bundesschiedskommission scharf. Unser Genosse Ramsis ist weiterhin im Bezirksverband willkommen und wir setzen den gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung und für die Befreiung Palästinas ungebrochen fort.

### **Begründung:**

Manche teilen die Aussagen von Ramsis nicht, dennoch finden wir das Vorgehen von Katina Schubert und Martin Schirdewan, den Ausschluss zu organisieren, absolut inakzeptabel. Wer innerhalb der Partei wiederholt Diskursräume autoritär verengt, gefährdet nicht nur die innerparteiliche Debattenkultur, sondern stellt auch die demokratischen Prinzipien einer linken Partei infrage. Wer Meinungsfreiheit einschränkt, Kritik unterdrückt und mit Ausschluss droht oder ihn vollzieht, stärkt nicht die Partei – sondern spaltet sie.

Wir wünschen uns – und fordern – einen solidarischen Umgang innerhalb unserer Partei: insbesondere gegenüber Genoss\*innen, die aufgrund ihrer Solidarität und konsequenten Haltung gegen Ausbeutung und jede Form von Unterdrückung selbst Hass und medialer Hetze ausgesetzt sind. Solidarität mit den Palästinenser\*innen sowie Kritik am Staat Israel und an der ultrarechten israelischen Regierung sind kein Antisemitismus.

Kritik an Besatzung, Apartheid und Genozid und die Solidarisierung mit dem Widerstand dagegen dürfen nicht zum Parteiausschlussverfahren führen. Eine glaubwürdige sozialistische Linke steht in der Verantwortung, sich solcher Repression konsequent entgegenzustellen. Menschenrechte und Meinungsfreiheit gelten universell. Palästinensische und palästina-solidarische Stimmen dürfen nicht durch bürokratische Verdrängung zum Schweigen gebracht werden.

Es geht nicht nur um Ramsis oder andere palästinasolidarische Genoss\*innen unserer Partei. Es geht um das Recht auf Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen in Palästina. Und es geht um ein politisches Klima, in dem diejenigen, die hierfür kämpfen, Repressionen und Gewalt ausgesetzt sind. Ramsis ist kein Einzelfall. Hunderte weitere sind betroffen.